



DER KÜHLE KOPF FEHLTE

Die Verschärfung des Waffenrechts nach Winnenden

„In der Bundesrepublik findet ein Großteil der politischen Meinungsbildung abseits harter Fakten statt.“
Welt-online vom 23.7.2010

„...es vollzieht sich stets das gleiche Ritual, damals nach Erfurt und jetzt nach Winnenden. Das Entsetzen in der Öffentlichkeit ist riesengroß. Verständlich. Dann steigen die Medien ein. Die Politik wird gezwungen zu handeln. Ob dann das, was dabei herauskommt, tatsächlich zu mehr Sicherheit führt – da bin ich ausgesprochen skeptisch...“
Wolfgang Dicke, Waffensachverständiger, Gewerkschaft der Polizei, in einem Fernsehinterview

„Eine Behauptung wirkt stärker als ein Argument, wenigstens bei der Mehrzahl der Menschen; denn das Argument weckt Misstrauen. Deshalb suchen die Volksredner die Argumente ihrer Partei durch Behauptungen zu sichern.“
Friedrich Nietzsche, *Menschliches, Allzumenschliches*, II, 295

Hellsichtig sind die Worte des Naumburgers, hellsichtig. Wie die Analyse von Wolfgang Dicke charakterisieren sie treffend den Prozess der politischen Meinungsbildung der letzten Monate. Behauptet und gefordert wurde viel, begründet dagegen wenig. Zwar scheint das Schlimmste – in Form weitreichender Verbote – verhindert zu sein, aber das, was kommen soll, ist unverhältnismäßig und in hohem Maße von Aktionismus geprägt.

DIE NOVELLE

Es beginnt schon mit der Art und Weise der Einführung. Geradezu dreist ist es, den Vorschlag des BMI als so genannte „*Formulierungshilfe*“ in den Bundestag einzubringen, um die Novelle noch vor der Sommerpause 2009 als Anhängsel zur Novelle des Sprengstoffrechts durchpeitschen zu können. Etablierte parlamentarische Gepflogenheiten kümmern anscheinend niemanden mehr.

Inhaltlich schießt das Gesetz weit über das Ziel hinaus. Man mag sich noch mit der Anhebung der Altersgrenze anfreunden können, obwohl es der Nachwuchsförderung abträglich ist. Zielführend in der Sache ist es ohnehin nicht: Ob ein 16-Jähriger Nachwuchsschütze aus einer GSP fünf Schuss .32 Wadcutter statt .22 l.r. verschießt, erschüttert weder den Schießstand noch den Lauf der Welt. Frage nach Berlin: Kennen die Damen und Herren überhaupt den Unterschied?

Die Einführung von verdachtsunabhängigen Kontrollen von Waffenbesitzern hinterlässt einen schalen Nachgeschmack. Tangiert ist eines der tragenden Grundrechte in einem modernen Rechtsstaat: das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung, Art. 13 GG. Man hat – wieder einmal – den Eindruck, die Politik habe das Abwägen und das Maßhalten verlernt. Man darf zudem auf die ersten Kontrollen gespannt sein; es bleibt zu hoffen, dass das schmale Budget der Ämter noch eine Schulung der Sachbearbeiter zulässt, um auszuschließen, dass die erlaubte Nachschau nicht plötzlich zur unzulässigen Durchsuchung ausufert.

Unverhältnismäßig sind auch die Regelungen zur Ausweitung der nachträglichen Bedürfnisprüfung. Diese Regelungen sind der hochgradig naiven¹ Vorstellung geschuldet, dass jede Entfernung einer Waffe aus Privatbesitz einen Zugewinn Sicherheit darstelle. Das Problem von Amokläufen – die man mit der Novelle verhindern oder zumindest unwahrscheinlicher machen will – ist *nicht* das der Anzahl von Waffen, sondern allein, dass *eine einzige* in die falschen Hände fällt. Man kann es so halten wie in England: Dort hat das Totalverbot von Kurz Waffen zu einer Subkultur und einem Anstieg der einschlägigen Kriminalitätsrate geführt.² Man kann es halten wie in Deutschland und Sicherheit durch Zahlenspiele suggerieren.³ Beides ist Unfug; trotzdem wird letzteres von Politikern *ernsthaft* diskutiert.⁴ Der Innensenator des Landes Bremen, Herr Mäurer, argumentiert in eben diese Richtung. Immerhin bedient er sich des Konjunktivs, wenn er meint: „*Einen Sicherheitsgewinn könnte die zahlenmäßige Begrenzung der von einem Erlaubnisinhaber zu besitzenden Waffen bringen.*“⁵ Werter Herr Mäurer, es *könnte* ja auch sein, dass dem nicht so ist. War das Problem von Winnenden und aller anderen Amokläufe etwa, dass mehr als eine Schusswaffe zum Einsatz kam? Ziffernmäßige Restriktionen und verschärfte Bedürfnisprüfungen treffen nur den Gesetzestreuen. Jeder Legalwaffenbesitzer, der noch das alte System der Bedürfnisprüfung miterlebt hat, weiß, was ihm dann blüht: Bohrende Fragen von oftmals wenig kompetenten Sachbearbeitern, Streit und Diskussion, verzweifelte Versuche, dem Amt plausibel zu machen, dass Beruf, Kinder, Familie und gesellschaftliches Engagement viel Zeit beanspruchen, dass man nicht jede freie Minute auf dem Schießstand zubringen kann und dass anspruchsvolle Berufe Einsatz bis in die Abendstunden hinein und auch am Wochenende fordern.

DIE POLITISCHE KLASSE UND IHRE ANSICHTEN

Die Vertreter der politischen Klasse scheint das wenig zu kümmern. Sie sind entweder selbstherrlich oder dreist. Die Arroganz der politischen Akteure spricht beispielhaft aus den Worten des sonst besonnenen Dieter Wiefelspütz. Er selbst halte Paintball zwar nach wie vor für „sittenwidrig“, aber – so Wiefelspütz – „*meine persönlichen Wertvorstellungen sind nicht unbedingt* (sic!) *Grund für ein Verbot*“.⁶ Persönliche Wertvorstellungen eines Abgeordneten sind, werter Herr Wiefelspütz, *nie* Maßstab für gesetzgeberisches Handeln. Maßstab für die Legislative sind allein die Wertentscheidungen des Grundgesetzes, allen voran der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Persönliche Wertvorstellungen zu haben bleibt jedem unbenommen, nicht aber die Anmaßung, eben diese Wertvorstellungen anderen Mitbürgern zu oktroyieren.

¹ Das (arithmetische) Mantra „Weniger Waffen = Weniger Gewalt“ ist eindrucksvoll von dieser Studie widerlegt worden: <http://law.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi?article=6426&context=expresso>. Trotzdem wird es immer wieder stereotyp und unreflektiert im politischen Diskurs heruntergebetet: http://www.claudia-roth.de/home/not_cached/inhalt/grosser_koalition_ist_sicherheit_egal-1/einzelsicht/?cHash=6640dfa56d

Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wer so diskutiert, hat sich disqualifiziert.

² http://www.schuetzenverein-eisenach.de/Waffenrecht/Zahlen_und_Fakten/Zahlen%20und%20Fakten%20zum%20privaten%20Waffenbesitz.htm#7

³ Vgl. FN 1.

⁴ FN 1. Mäurer (SPD) und Roth (Grüne). Beide verfügen waffenrechtlich und -technisch sicher über erstklassige Kompetenzen. Frau Roth ist insbesondere für ihre außenpolitische Kompetenz bekannt: <http://www.youtube.com/watch?v=dFhhOPA0qHY>

⁵ ZRP 2009, Heft 4, 119

⁶ <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,624796,00.html>

Ulla Jelpke von der Linken überbietet das: „...niemand behauptet hier – auch wir nicht –, dass man durch Gesetzesänderungen oder -verschärfungen solche tragischen Ereignisse in Zukunft verhindern könnte; aber wir können auch nicht den Mord an 15 Menschen durch einen Amokläufer einfach hinnehmen, ohne uns über Konsequenzen Gedanken zu machen...“⁷ Gleichwohl fordert die Linke weitreichende Verbote und Einschränkungen.⁸ Hier wird nicht einmal der Versuch unternommen, blindwütigen Aktionismus als Sachpolitik auszugeben. Diese Ignoranz verschlägt einem regelrecht die Sprache.

Doch auch dies lässt sich noch übertreffen: Renate Künast meint, Sportschießen sei, wenn man keine zentrale Lagerung von Waffen erreichen könne, kurzerhand als kein Sport mehr anzusehen.⁹ In ähnlichem Geiste agierte Künasts Parteikollegin Stokar, die mittlerweile aus dem Bundestag ausgeschieden ist. Diese beruft Roman Grafe¹⁰ als so genannten „Sachverständigen“ in der Experten-Anhörung im Innenausschuss im Sommer 2009. In einer Rhetorik, die wie ein Abklatsch hohler 68er-Phrasen klingt und prompt einen Verweis von Sebastian Edathy nach sich zieht, stottert Grafe in der Anhörung vom 15.6.2009 abstruses Zeug zusammen, beruft sich auf Zahlen ohne Aussagekraft und vergisst dann das dritte seiner Argumente. Frau Bannenberg verbreitet sich in unzutreffender und diffamierender Weise über IPSC.¹¹ Herr Gunkel möchte – nach Vorbild eines nicht mehr existenten deutschen Staates – Hochsicherheitsdepots zur zentralen Waffenlagerung errichten. Die Akteure betonen immer wieder, man könne keine hundertprozentige Sicherheit erreichen; zudem seien Amokläufe höchst selten. Sie werden aber nicht müde, Restriktion um Restriktion zu fordern, als hätte man Wahnsinnstaten wie die von Winnenden tagtäglich zu befürchten. Man kann es da nur mit Roman Herzog halten: „Soll ich vor Empörung laut schreien oder soll ich die Dummheit des Geschehens stillschweigend mit Ironie verfolgen?“¹²

PRESSE, WAFFENEGNER & DAS AKTIONSBÜNDNIS

Wer behauptet, der Gesetzgeber scheue vor einer angeblichen Lobby der Waffenbesitzer zurück, nimmt Kräfteverhältnisse an, die real nicht existieren. Zum einen sind die Medien extrem kritisch bis polemisch (bis hin zur groben Unsachlichkeit) gegenüber dem Legalwaffenbesitz eingestellt, zum anderen möge man sich in Erinnerung rufen, wie oft die Akteure des „Aktionsbündnisses Winnenden“ in den Medien, vor allem im Fernsehen, zu sehen waren. Aus der Tatsache, Opfer einer so spektakulären wie absurden Straftat zu sein, folgt aber weder eine Kompetenz für politische, juristische und waffentechnische Fragen noch irgendeine demokratische Legitimation.

⁷ Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 217. Sitzung. Berlin, Donnerstag, den 23. April 2009

⁸ Aktuelle Stunde des Bundestages 18.03.09

⁹ <http://stream-tv.de/sendung/1238030/maybrit-illner-winnenden-eltern-fordern-konsequenzen>

¹⁰ Einschlägig bekannt als Initiator von <http://www.sportmordwaffen.de>
Was bereits im Ansatzpunkt absurd ist: Mit dem Begriff werden Gegenstände und nicht etwa menschliches Verhalten personalisiert und moralisch (ab)gewertet. In verschämtem Kleindruck wird dann eine Definition versucht, die ebenfalls im Ansatz misslingt. Denn „zum Töten und Verletzen von Menschen“ wird keine einzige Sport- und Jagdwaffe hergestellt. Der erste Teil der Definition ist sinnlos. Nicht besser der zweite Teil: Wenn dann auch solche Waffen, mit denen „man“ Menschen töten und verletzen kann, gemeint sind, soll offenbar eine menschliche Handlung einem Gegenstand zugeschrieben werden. Das (tödliche) Potential entfaltet eine Waffe immer und ausschließlich in der Hand des Menschen – und dieser wird hinter dem gesichtslosen Wörtchen „man“ versteckt. Die Personalisierung eines Gegenstandes blendet reale Kausalitäten aus und suggeriert imaginäre. Die mit dem Schusswaffenmissbrauch notwendigerweise verbundene Problematik menschlichen Verhaltens wird abgespalten und die Waffe selbst zum Quell des Übels gemacht. In ihrer Absurdität erinnert diese Auffassung an primitive Naturreligionen. Man kann hier durchaus von einem „Anti-Fetisch“ der Waffengegner sprechen.

¹¹ http://www.bundestag.de/ausschuesse/a04/anhoerungen/Anhoerung_25/Stellungnahmen_SV/Stellungnahme_05.pdf

¹² <http://www.mdr.de/mdr-info/6205495.html>

Weit von der Realität entfernt haben sich auch die Grünen, deren erneute Forderungen nach Verschärfung des Waffenrechts offenbar nur auf ideologischen und nicht auf empirischen Prämissen beruhen. Das enorme Sicherheitsrisiko der von ihnen geforderten zentralen Lagerung von Waffen und Munition¹³ wird nicht einmal im Ansatz thematisiert.¹⁴ Dass die Grünen damit im Ergebnis Zustände wie in der DDR schaffen wollen, spricht für sich selbst – von liberalen Positionen haben sie sich jedenfalls weit entfernt.

Doch das Theater geht schon wieder auf anderer Bühne weiter: Roman Grafe zieht nunmehr nach Karlsruhe und erhebt Verfassungsbeschwerde gegen das WaffG: Es schaffe, so Grafe, keine hinreichende Sicherheit.¹⁵ Wer juristisch auch nur halbwegs im Bilde ist, weiß: Grafe wird mit seiner Verfassungsbeschwerde grandios scheitern. Und wer applaudiert postwendend zu diesem Unfug? Claudia Roth.¹⁶ Natürlich.

KEHRTWENDE HIN ZUM REALISMUS

Das große politische Credo des Bündnisses und der Grünen – die Verschärfung des Waffenrechts bis hin zu Totalverboten – ist wieder einmal so eindrucksvoll wie unselig durch das Geschehen in Ansbach widerlegt worden. Dass ein Täter keine Schusswaffe braucht, um großes Unheil anzurichten, war rational und realistisch denkenden Leuten längst klar. Es wäre erfreulich, wenn sich nunmehr auch im Rahmen der politischen Großwetterlage eine Kehrtwende hin zum Realismus abzeichnen würde. Treffend und präzise die Frankfurter Rundschau:

„Die Tat von Ansbach nämlich macht auch deutlich: Wenn ein frustrierter oder gar psychisch gestörter Mensch den einzigen Ausweg in der Gewalt gegen andere sieht, wird er sich jedes verfügbaren Mordinstruments bedienen. Deshalb: Die Diskussion über die Waffen muss am Rande geführt werden. Im Zentrum müssen die jungen Menschen stehen.“¹⁷

Dem ist – auch über ein Jahr nach Winnenden – nichts hinzuzufügen.

ANHANG: LINKS

EINE STELLUNGNAHME AUS DER PRAXIS – Rainer Hofius, Oberstaatsanwalt

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a04/anhoerungen/Anhoerung_25/Stellungnahmen_SV/Stellungnahme_04.pdf

„...weitergehende Verschärfungen des Waffenrechts sind nicht geeignet, die öffentliche Sicherheit zu erhöhen und stellen kein Mittel dar, um Amokläufe künftig zu verhindern – es steht eher zu befürchten, dass sich dann die Zahl der illegalen Schusswaffen erhöhen könnte.“

¹³ http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtspolitik/dok/330/330993.ein_jahr_nach_winnenden.html

¹⁴ Die Argumente gegen die zentrale Lagerung unter anderem hier: <http://www.red-stag-squad.de/Novelle.pdf>

¹⁵ <http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/waffenrecht-vor-gericht/>

¹⁶ http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?aktion=jour_pm&r=418743

¹⁷ http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/meinung/kommentare/1954677_Kommentar-Die-falsche-Fachrte.html

WISSENSCHAFTLICHE UNTERSUCHUNGEN UND IHRE ERGEBNISSE

Beitrag in „Kriminalistik 12/2006“

<http://www.red-stag-squad.de/kriminalistik2006.pdf>

Die Studie der Uni Bremen

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse/a04/anhoerungen/Anhoerung12/Stellungnahmen_SV/Stellungnahme04.pdf
oder <http://www.red-stag-squad/Stellungnahme04.pdf>

„Insbesondere die Studie [...], bei der Vergleichswerte von delinquenten Personen, Legalwaffenbesitzern und einer Normstichprobe aus der Bevölkerung erhoben wurden, konnte wiederum eindrucksvoll zeigen, dass von Legalwaffenbesitzern keine Gefahr für die innere Sicherheit ausgeht....“

Fazit der Studie der Universität Bremen (Institut für Rechtspsychologie)

Eine amerikanische Studie

<http://law.bepress.com/cgi/viewcontent.cgi?article=6426&context=expresso>

“Nevertheless the burden of proof rests on the proponents of the "more guns = more death/fewer guns = less death" mantra, especially since they propose public policy ought to be based on that mantra. To bear that burden would ... require showing that a large number of nations with more guns have more death and that nations which imposed stringent gun controls achieved substantial reductions in criminal violence (or suicide). **But those things are precisely what is *not* demonstrated...**”

Fazit der Studie von Don B. Kates/Gary Mauser, Would Banning Firearms Reduce Murder and Suicide?

WEITERE BEITRÄGE

Gut recherchiert: Beiträge in „Deutsche Polizei“

[http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/dp200905/\\$file/DeuPol0905.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf/id/dp200905/$file/DeuPol0905.pdf)

Informationen und Hintergründe: www.legalwaffen.de

<http://www.legalwaffen.de>

Eine Forderung nach (mehr) Sachlichkeit

http://www.vdw-duesseldorf.de/documents/PMWaffenrechtVdW_000.pdf

Das „Wensing-Memorandum“

<http://www.red-stag-squad.de/memo.pdf>

SPD und Legalwaffenbesitz

<http://www.spd-watch.de/2009/03/die-spd-und-der-private-waffenbesitz-oder-wes-geistes-kind>

Klare Gedanken

<http://hunsrueckwilderer.blogspot.com/2009/03/winnenden-das-waffengesetz-der-spiegel.html>

Jagdwaffennetzwerk

<http://jagdwaffennetzwerk.blogspot.com/2010/04/nrw-wahl-grune-forderungen-waffenverbot.html>

HISTORISCHES

Die Entwaffnung der Juden durch das NS-Regime

http://www.stephenhalbrook.com/law_review_articles/entwaffnung.pdf

INDISKUTABEL

Die Forderungen der Grünen

http://www.gruene-bundestag.de/cms/rechtspolitik/dok/330/330993.ein_jahr_nach_winnenden.html

Eine Initiative

<http://www.sportmordwaffen.de>

Ratschlag der evangelischen Landeskirche Baden

<http://www.red-stag-squad.de/Landeskirche.pdf>

RECHTSWIDRIG

<http://www.red-stag-squad.de/Heidenheim.pdf>